

Weshalb die Industrie
der Rießler'schen Parole „Kampf
gegen Rechts“ nicht folgen soll.

Von

H. A. Bueck



1911.

Verlagsbuchhandlung von Julius Springer in Berlin.

Weshalb die Industrie
der Rießer'schen Parole „Kampf
gegen Rechts“ nicht folgen soll.

Von

H. A. Bueck



1911.

Verlagsbuchhandlung von Julius Springer in Berlin.

ISBN 978-3-642-98760-1 ISBN 978-3-642-99575-0 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-642-99575-0

Softcover reprint of the hardcover 1st edition 1911

Weshalb die Industrie der Rießer'schen Parole „Kampf gegen Rechts“ nicht folgen soll.

Von S. A. Bueck.

Auf dem ersten Hansatage hatte der Präsident des Hansabundes, Herr Geheimrat Professor Dr. Rießer, den schärfsten Kampf gegen alle rechtsstehenden Elemente als die Aufgabe des Hansabundes und der in ihm vereinigten Berufszweige und Erwerbsstände bezeichnet, wem schon er hauptsächlich von Agrardemagogen und Ueberagrariern sprach. Das hatte den Stellvertreter im Präsidium des Hansabundes, Herrn Rötger, Vorsitzender des „Centralverbandes Deutscher Industrieller“, veranlaßt, seine Stellung im Präsidium niederzulegen und aus dem Hansabunde zu scheiden. Ihm ist eine nicht unerhebliche Zahl von Industriellen und wirtschaftlichen und industriellen Körperschaften gefolgt mit der Erklärung, daß sie der von Herrn Rießer ausgegebenen Parole nicht folgen können. Andere, besonders der Fertigungsindustrie angehörige Industrielle, jubeln dem Herrn Rießer zu, versichern ihm ihres Vertrauens und werden als seine begeisterten Anhänger mit ihm in den Kampf gegen die Rechtsstehenden ziehen.

Zur Entscheidung der Frage, welche Industriellen in ihrem eigenen und im Interesse der Gesamtheit die richtige Stellung genommen haben, möchte ich hier einen Beitrag liefern. Ich glaube jedoch, gut zu tun, wenn ich dabei die

Vorgänge in Erinnerung bringe, die sich vor und bei der Umkehr unserer Wirtschafts- und Handelspolitik vom Freihandel zu einem System maßvoller Schutzzölle vollzogen haben; sie sind anscheinend sehr vielen Industriellen nicht mehr gegenwärtig. Daß diese Umkehr die wesentlichste Grundlage für den gewaltigen Aufschwung unseres Wirtschaftslebens gebildet hat, wird heute kaum mehr geleugnet. Aber die Bismarck'sche Wirtschaftspolitik und ihr erster und bedeutendster Vertreter, der Centralverband Deutscher Industrieller, werden gegenwärtig schärfer als je zuvor seit ihrer Einführung und Begründung angegriffen. Es geschieht dies wesentlich unter Bezugnahme auf das Verhältnis der im Centralverbande vereinigten Industriellen zur Landwirtschaft. Daher habe ich es für zweckmäßig gehalten, auch die Vorgänge hinsichtlich dieses Verhältnisses seit jener großen wirtschaftspolitischen Wandlung darzulegen. Ich glaube, daß diese Darlegungen vielen irrtümlichen und gehässigen Behauptungen und Angriffen den Boden entziehen werden.

Nach der siegreichen Beendigung des Krieges mit Frankreich hatte sich anfänglich auf der Grundlage eines tatsächlich vorhandenen äußerst dringend hervortretenden Bedarfes eine gewaltige Bewegung aller produktiven Kräfte bemächtigt, die verhältnismäßig schnell einen spekulativen Charakter annahm und, nicht in Deutschland allein, zu einem schwindelhaften Bau aufgetürmt wurde, der nicht Stand halten konnte. Im Herbst 1873 erfolgte der allgemeine Zusammenbruch; Handel, Verkehr und Absatz stockten fast plötzlich. Die zu äußerster Höhe emporgetriebenen Preise gingen in großen Sprüngen herunter und hatten bald die Grenze überschritten, über die hinaus nur mit Verlust produziert werden konnte. Es trat ein furchtbarer allgemeiner Niedergang ein, der durch den Sieg der Freihandelsbewegung unendlich verschärft wurde.

In dem schweren Ringen um die ihm zukommende Stellung im deutschen Bunde mußte Preußen das Ziel verfolgen, das Grundübel der deutschen Verfassung, den Dualismus, zu beseitigen und zu diesem Zwecke Oesterreich zunächst von dem Gebiete der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik gänzlich auszuschließen. Dieses Ziel konnte nur mit Hilfe des Freihandels erreicht werden. Der Freihandelsgedanke war in der unglückseligen durchaus irreführenden, jedoch auch heute noch lange nicht überwundenen Ideenverbindung von Freihandel und politischer Freiheit besonders in Norddeutschland weit verbreitet.

In dem Handelsvertrag mit Frankreich vom 2. August 1862 hatte Preußen dem Freihandel weitestgehende Zugeständnisse gemacht, denen Oesterreich nicht folgen konnte. Mit rücksichtsloser Ueberwindung auch des Widerstandes der schutzöllnerischen süddeutschen Staaten hatte Preußen sein nächstes Ziel erreicht; die gänzliche Herausdrängung Oesterreichs auch vom politischen Gebiete und überhaupt aus dem deutschen Bunde fand wenige Jahre später auf den Schlachtfeldern Böhmens statt. Es folgte die Wiedervereinigung der deutschen Stämme in dem nach schwerem, blutigen Ringen errichteten neuen deutschen Reiche.

Diese gewaltigen historischen Ereignisse waren begleitet von der zunehmenden Herrschaft und dem schließlichen fast vollständigen Siege des Freihandels. Denn die Regierungen des Norddeutschen Bundes wie auch des späteren Reiches hatten sich dem Freihandel zugewendet; sie erblickten ihre handelspolitische Aufgabe darin, weitere Zollermäßigungen und Befreiungen vom Zoll zu erstreben und dementsprechende Vorlagen im Reichstag einzubringen.

Das war die Zeit der autonomen Zollrevisionen, autonom, weil sie aus vollkommen eigener Entscheidung erfolgten und weil, als besonderes Kennzeichen dieser handelspolitischen Richtung, für die Zollermäßigungen keine Vorteile vom Auslande verlangt oder erreicht wurden.

Charakteristisch war in dieser Beziehung die Zollrevision des Jahres 1870.

Inzwischen hatte die Freihandelsbewegung eine vollkommen radikale Richtung angenommen. Internationale Teilung der Arbeit, uneingeschränktes Walten des internationalen Wettbewerbs, tunlichst niedrige Preise für alle Artikel des Verbrauchs war die Parole. Der Freihandelsbewegung hatten sich auch die norddeutschen Landwirte angeschlossen, deren fast leidenschaftliche Agitation sich besonders gegen die Eisenzölle richtete. Ihr Führer im Reichstag, der Großgrundbesitzer von Behr-Schmoldow, hatte am 5. Mai 1873 beantragt, sämtliche Zölle auf Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren, auf Maschinen und Fahrzeuge mit dem 1. Januar 1874 aufzuheben. Seine Rede zur Begründung in der Sitzung des Reichstages vom 10. Juni 1873 begann mit der Versicherung, daß es ihm fern liege, die Notwendigkeit der Aufhebung der Eisenzölle beweisen zu wollen. „Axiome, meine Herren, beweist man nicht! Ich meine aber, daß der Satz: „das Eisen muß zollfrei sein!“, mir und auch den weitesten Kreisen des Vaterlandes ein Axiom geworden ist.“

Herr von Behr hatte nicht Unrecht. Die Regierung beehrte sich, eine seinem Antrage entsprechende Vorlage einzubringen; sie ging dem Reichstag am 16. Juni 1873 zu. Nach ihr sollten die Eisenzölle am 1. Oktober aufgehoben werden. Aber die Mehrheit des Reichstages erwies sich weniger radikal als die Regierung. Sie stimmte dem Antrage nur mit Bezug auf Roh- und Bruch Eisen, Rohstahl, Seeschiffe und Dampfmaschinen und Dampfessel zur Verwendung beim Bau von Schiffen zu. Die übrigen Eisenzölle sollten erst am 1. Januar 1877 fallen. Mit diesem Beschluß hatte der Freihandel den Höhepunkt seiner Siegeslaufbahn erreicht. Die produktiven Stände sammelten sich, um eine Umkehr in der Handelspolitik herbeizuführen.

Der Präsident des Reichskanzleramts, Dr. Delbrück, und der Preussische Finanzminister Camphausen mußten, nachdem bereits im Mai des Jahres 1873 der „Krach“ in Wien eingetreten war, den Zusammenbruch auch in Deutschland unbedingt voraussehen; daß sie dennoch in dieser Zeit die Eisenindustrie des größten Teiles ihres Schutzes beraubten, beweist wohl, wie das alle Rücksichten überwuchernde Streben, dem Freihandel zum Siege zu verhelfen, diese sonst so bedeutenden Männer mit Blindheit geschlagen hatte.

Der im Herbst des Jahres 1873 einbrechende Niedergang verbreitete sich schnell über alle Gebiete wirtschaftlicher Tätigkeit; die Eisenindustrie traf er am schwersten. Bei dem vorhergegangenen gewaltigen Aufschwung aller gewerblichen Tätigkeit hatten sich die grundlegenden Anforderungen auf die Eisenindustrie konzentriert. Zudem war ihr von Delbrück öffentlich im Reichstag (20. Juni 1872) der Vorwurf zu geringer Leistungsfähigkeit gemacht worden. Mit dieser war die Aufhebung der Eisenzölle hauptsächlich begründet worden. Daher hatte die Eisenindustrie die äußersten Anstrengungen gemacht, um mit Erweiterung ihrer Betriebe und Errichtung neuer Werke ihre Produktion zu steigern. Fast plötzlich stockte nicht nur der Absatz, sondern es ergoß sich auch die Ueberproduktion der anderen Länder, vornehmlich Englands und Belgiens, in breitem Strome über die jetzt in der Hauptsache zollfreie Grenze. Denn der Freihandel hatte es so herrlich weit gebracht, daß fast 96 % der Einfuhr zollfrei in Deutschland einging. Darunter litten fast alle Industrien, litt die gesamte produktive Tätigkeit. Die furchtbare Krisis schlug in ihrer langjährigen Dauer dem deutschen Wirtschaftsleben unendlich schwere Wunden, sie brachte unsere Industrie in weitem Umfange zum Stillstand und bedrohte ihre wichtigsten und bedeutendsten Zweige mit voller Vernichtung.

Diese Zustände irgend wie mit dem Freihandel in Verbindung zu bringen, wäre damals ein kegerischer Gedanke gewesen; denen, die ihn hegten, wurde durch die Gefahr, sich

dem Spott und der Lächerlichkeit preiszugeben, ängstliches Stillschweigen auferlegt; denn der „*Volkswirtschaftliche Kongreß*“, in dem sich die Lehren des Manchester-tums und damit auch des bedingungslosen Freihandels verkörpert hatten, war mit seinen Anschauungen maßgebend geworden, nicht nur für die Männer der Wissenschaft und des aus den höheren Lehranstalten hervorgegangenen Beamten-tums, nicht nur für den gesamten Handel, für die Landwirtschaft und das große Publikum im allgemeinen, sondern auch für die übergroße Mehrzahl der Industriellen und Gewerbe-treibenden selbst. Nur sehr wenige wagten es, dieser Macht der öffentlichen Meinung zu trotzen.

Diesen Wagemut besaßen nur einige wenige hervor-ragende Männer der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie und die süddeutschen Baumwollenindustriellen. Offen traten sie mit dem Gedanken hervor, daß Deutschland, mit Rücksicht auf die natürlichen Grundlagen seiner wirtschaftlichen Verhält-nisse, dem Auslande gegenüber eine rationelle Schutzpolitik treiben müsse. Sie entfesselten damit einen schweren Kampf, der zunächst in den weitesten Kreisen, auch der Industrie, für unbedingt aussichtslos angesehen wurde. Ihnen kam der konservative Abgeordnete und Gutsbesitzer Landrat von *Kardorff*, der schon 1873, ohne Rücksicht auf seine Partei- und Berufsgenossen, gegen die Aufhebung der Eisenzölle ge-kämpft hatte, mit seiner Broschüre: „*Gegen den Strom*“ zu Hilfe; in ihr stellte er die unvermittelte Forde-rung, daß die deutsche Wirtschaftspolitik wieder zum Schutzoll umkehren müsse. Diese Broschüre erregte ungeheures Aufsehen und wirkte wie ein weit in die Lande dringender Trompetenstoß, der sehr viele Industrielle zum Nachdenken über die Lage veranlaßte und ihnen die Augen öffnete.

Aber *Kardorff* tat noch mehr. Er begründete den „*Centralverband Deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler*

Arbeit“; er schuf damit den Sammelpunkt für alle die Umkehr der deutschen Wirtschaftspolitik vom fast bedingungslosen Freihandel zu einer maßvollen Schutzollpolitik erstrebenden Elemente. Von diesem, von den Freihändlern anfangs verhöhnten und verlachten, mit seiner zunehmenden Wirksamkeit und Bedeutung aufs grimmigste, bis auf den heutigen Tag gehaßten und verunglimpften Verbands wurde nun der Kampf aufgenommen und mit äußerster Umsicht, Zähigkeit und Energie geführt. So wurde das erste Ziel, die Umkehr der öffentlichen Meinung, erreicht; das bewies der Ausfall der Wahlen zum Reichstag des Jahres 1878. Aber noch eine andere schwere Aufgabe war zu lösen, den Fürsten Bismarck, ohne den der Sieg undenkbar war, für die Umkehr der Wirtschaftspolitik zu gewinnen.

Der Reichskanzler war zu jener Zeit von den mit der Einrichtung des neuen Reiches bedingten großen politischen Fragen und Kämpfen und von der auswärtigen Politik fast über die Grenze seiner gewaltigen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen. Die Wirtschafts- und Handelspolitik überließ er vertrauensvoll den Ministern Delbrück und Camphausen. Auf die verhängnisvollen Folgen der von diesen eingeschlagenen Wege wurde Bismarck von einem Höheren, seinem Herrn und Kaiser, aufmerksam gemacht. Diesem waren auf seiner jährlichen Reise nach Bad Gastein die zahlreichen Fabrikschornsteine aufgefallen, denen kein Rauch entströmte. Unter dem 22. Juli 1876 richtete der Kaiser von Gastein sein denkwürdiges Schreiben an Bismarck, in welchem er diesen auf die vorerwähnte Erscheinung hinwies und ihn zur Berichterstattung über das Stillstehen so vieler Fabriken aufforderte. Das genügte, um den großen Kanzler zu veranlassen, sich mit aller Macht dem wirtschaftlichen Gebiete zuzuwenden. Bei seinem weiten Blick und umfassenden, scharfem Verstande wurde es ihm nicht schwer, die Ursache des Uebels zu erkennen; die eingehenden Denkschriften, Verhandlungen und Entschlüsse des

Centralverbandes taten das Uebrige. Aber es währte lange Zeit, bevor der Reichskanzler mit seiner Entscheidung an die Oeffentlichkeit trat. Zwar ließ der Rücktritt *De l b r ü c s* 1876 und *C a m p h a u s e n s* im folgenden Jahre erkennen, daß diese Koryphäen des Freihandels das Vertrauen Bismarcks verloren hatten, jedoch über den Weg, den er einschlagen würde, war man lange Zeit im Unklaren. Erst als bei dem 2. vom Centralverband am 21. Februar 1878 veranstalteten Kongreß — der erste hatte am 16. Juni 1877 in Frankfurt stattgefunden —, an dem 700 deutsche Industrielle teilnahmen, der im Kabinett des Fürsten Reichskanzlers beschäftigte Geheime Regierungsrat *v o n T h i e d e m a n n* erschien um, woraus er kein Geheim machte, dem Fürsten Bericht über den Verlauf der Versammlung zu erstatten und als er dann bei dem gemeinsamen Essen den großen Volkswirt *L i s t* als überzeugten Schutzzöllner feierte, erst da erkannte man im Centralverbande, daß es gelungen sei, den Kanzler von der Nothwendigkeit der Umkehr der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik zu überzeugen.

B i s m a r c k zögerte nun nicht länger, seine wirtschaftlichen Pläne mit der ihm eigenen Energie zu verfolgen. Schlag auf Schlag kamen seine bedeutungsvollen Kundgebungen, zunächst das Schreiben an den Reichstagsabgeordneten Freiherrn *v o n B a r n b ü l e r* vom 25. Oktober 1878, in dem er seinen persönlichen Willen ankündigte, eine umfassende Revision des Zolltarifs herbeizuführen und den Abschluß neuer Handelsverträge mit Konventionaltarifen solange nicht zu befürworten, bis die Revision des Tarifs ihre Erledigung gefunden habe. Es kamen die hochbedeutungsvollen Schreiben an den Bundesrat vom 12. November und 15. Dezember 1878, in denen er die Einsetzung einer Kommission zur Revision des Zolltarifs beantragte und die bei der Tarifreform zu verfolgenden Ziele bezeichnete; es kam die Veranstaltung einer Enquete über die Lage der Eisen- und Textilindustrie. Der Centralverband hatte eine solche Enquete, freilich

über die Lage der gesamten Industrie, bereits seit Jahren dringend beantragt.

Im Centralverbande hatte man freudig und dankbar erkannt, daß der Reichskanzler auf die Seite derer getreten war, die so schwer für die Umkehr der deutschen Wirtschaftspolitik zu einem System maßvoller Schutzzölle gekämpft hatten. Damit war die Schlacht aber noch nicht gewonnen; die Entscheidung lag beim Reichstage, sie war zweifelhaft. Die Liberalen waren Freihändler und mußten es nach der landläufigen Auffassung sein; denn andererseits wurde schutzöllnerische Gesinnung mit schwärzester politischer Reaktion zusammengeworfen. Solche blöde Begriffsverwirrung wagte selbst Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, nicht zu durchbrechen. Diese damals große und bedeutungsvolle Partei stellte sich an die Seite der Freihändler, sie ließ den Fürsten Bismarck im Stiche. Nur wenige Abgeordnete, die bereits entschieden für den Schutz der nationalen Arbeit gekämpft hatten, trennten sich von ihr. Da im neuen Reichstage die Sozialdemokraten nur 9 Sitze erlangt hatten, lag die Entscheidung bei den Konservativen, den Vertretern der Landwirtschaft, die noch vor wenigen Jahren als entschiedene Freihändler die Eisenzölle zu Fall gebracht hatten.

Mit der freilich sehr langsamen Gesundung der wirtschaftlichen Zustände in unserem Vaterlande nach den verheerenden Völkerkriegen zu Ende des 18. und zu Anfang des 19. Jahrhunderts, mit dem allmählichen Aufblühen von Gewerbe, Handel und Verkehr und der Zunahme der Bevölkerung ging eine aufsteigende Konjunktur für die Landwirtschaft Hand in Hand. Ihre Erzeugnisse, insbesondere ihre Brotfrüchte, fanden nicht nur im Inlande, sondern auch auf bedeutenden ausländischen Märkten lohnenden Absatz. Die Jahrzehntelangen günstigen Verhältnisse hatten zur Ueberschätzung des ländlichen Grundbesitzes bei Vererbung und Erwerb geführt; die hieraus hervorgegangene Verschuldung be-

gann drückend zu werden, jemebr durch die gewaltige Erweiterung und Verbesserung der Verkehrsmittel zu Lande und zu Wasser, besonders in den ersten siebenziger Jahren, der norddeutsche Weizen von den englischen Märkten verdrängt wurde und der Roggen aus dem weiten russischen Reiche den inländischen Markt drückte. Auch die allgemeine seit 1873 nicht nachlassende Krisis ging an der Landwirtschaft nicht spurlos vorüber. Schutzzöllnerische Gedanken begannen sich bei den Landwirten zu regen und schnell zu verbreiten.

Der Centralverband hatte bereits im Jahre 1877 den Entwurf zu einem neuen schutzzöllnerischen, jedoch äußerst maßvoll gehaltenen Zolltarif aufgestellt; dieser wurde einer in den Tagen vom 13. bis 15. Dezember 1877 tagenden Delegiertenversammlung in Leipzig vorgelegt und, nach Prüfung der einzelnen Positionen durch die Vertreter der betreffenden Industrien, angenommen. Es wurde jedoch beschlossen, den Tarif noch einer besonderen Generalversammlung zur endgültigen Annahme vorzulegen. Als solche Generalversammlung fungierte der bereits erwähnte 2. Kongreß vom 21. und 22. Februar 1878. Von ihm wurde nach sehr eingehender Beratung der Tarif gegen eine Stimme angenommen.

Während der Bearbeitung des Tarifes waren scharfe Gegensätze zwischen den Industrien hervorgetreten; sie hatten sich besonders geltend gemacht zwischen den Erzeugern und Verbrauchern von Roheisen, und in der Textilindustrie zwischen den Spinnern und Webern. Der umsichtigen und eindringlich vermittelnden Tätigkeit des Präsidiums des Centralverbandes war es in allen diesen Fällen gelungen, die Industriellen zu veranlassen, die eigenen Sonderinteressen zurückzustellen und damit die Erreichung des großen gemeinsamen Zieles zu erleichtern. Diese Einigkeit zu erzielen ist später zum großen Schaden der Industrie nicht gelungen. Freilich war damals die allgemeine Not die beste Lehrmeisterin gewesen.

Für die Landwirtschaft hatte der Centralverband keine Zölle eingesezt, weil er sich dazu nicht für zuständig erachtet hatte.

Als Teilnehmer an dem vorerwähnten Kongreß hatte sich auch ein Landwirt, der in der Provinz Sachsen als Züchter von Rüben samen sehr angesehene Gutsbesitzer Knauer auf Groebers mit der ausgesprochenen Absicht eingefunden, Beziehungen zwischen der Landwirtschaft und der Industrie anzuknüpfen. Der Centralverband hatte die Zollfreiheit für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem alten Tarif in seinen neuen Entwurf übernommen; das veranlaßte Knauer zu der Vermutung, daß die Industrie für sich wohl Schutzzölle erstrebe, sie aber der Landwirtschaft nicht zubilligen wolle. Zur Beseitigung dieser irrtümlichen Auffassung wurde von dem Kongreß folgender Beschluß einstimmig gefaßt: „Der Centralverband erklärt ausdrücklich, daß er die in seinem Tarifentwurf enthaltenen Positionen, welche die Landwirtschaft betreffen, ohne irgend ein Urtheil über dieselben abgeben zu wollen, lediglich dem alten Tarif entnommen habe, da er sich nicht für berechtigt hält, über diese Materie ein Urtheil abzugeben und dies den Landwirten selbst überlassen muß.“

Uebrigens hatte der Centralverband bereits in der Einleitung zu dem von ihm ausgearbeiteten Entwurf eines Zolltarifs in gewissem Grade Stellung zu den landwirtschaftlichen Zöllen genommen. Es war gesagt, daß Landwirtschaft und Industrie in der innigsten Wechselwirkung zu einander stehen und daß die Förderung der einen zurückwirken müsse auf das Gedeihen der anderen. Es war ausgeführt, weshalb in dem Tarif keine landwirtschaftlichen Zölle aufgenommen seien und dann hieß es wörtlich: „wir halten es aber für notwendig, hiermit ausdrücklich zu erklären, daß die deutsche Industrie gegen Zolleinrichtungen, welche der schwebelnden deutschen Landwirtschaft zu Hilfe kommen, in keiner Weise etwas zu erinnern findet.“

In Uebereinstimmung mit dieser Auslassung erklärte die

Versammlung der Delegierten des Centralverbandes am 16. Februar 1879,

„daß vom Standpunkte einer geschützten nationalen Industrie und Gewerbetätigkeit gegen den entsprechenden Schutz der vaterländischen Landwirtschaft, also auch gegen einen mäßigen Getreide- und Viehzoll, nichts zu erinnern sei und davon kein Nachteil weder für die deutsche Industrie noch für die in derselben beschäftigten Arbeiter befürchtet werde.“

Inzwischen waren die Vorarbeiten für die erstrebte Aenderung der Wirtschaftspolitik sowohl von der Kommission für die Aufstellung eines neuen Zolltarifs, die auf der Grundlage des vom Centralverbande ausgearbeiteten Entwurfs erfolgte, wie auch von der auf Antrag des Centralverbandes eingesetzten Enquetekommission energisch gefördert worden. In den führenden Kreisen des Centralverbandes herrschte kein Zweifel mehr, daß die im Reichstag zu erwartende Vorlage die Umkehr zu einem System maßvoller Schutzzölle bringen würde. Stark war jedoch auch die Ueberzeugung, daß dieses erfreuliche Ergebnis mehrjähriger härtester Arbeit und äußerst schwerer Kämpfe bei der Abstimmung im Reichstag nicht den Zufällen preisgegeben werden dürfe, die bei einer geringen Mehrheit nur zu leicht eintreten können. Eine geschlossene sichere Mehrheit war aber, nachdem die Nationalliberalen versagt hatten, nur mit Hilfe der Konservativen und der Landwirtschaft zu erreichen. Daher wurde im Centralverbande beschlossen, ein Uebereinkommen mit den Landwirten herbeizuführen.

Am 24. und 25. Februar 1879 tagte der 10. Congreß deutscher Landwirte in Berlin. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: „Die Stellung der Landwirtschaft zu den wirtschaftlichen Reformplänen des Fürsten-Reichstanz-

lers.“ Wie weit der Wechsel in den wirtschaftlichen Ansichten der Landwirte bereits gediehen war ergab der Umstand, daß das Referat einem der begabtesten, rührigsten und energischsten Vertreter des Schutzzollgedankens, dem Fabrikdirektor **L o h r e n**, Mitglied des Ausschusses vom Centralverbande, übertragen war.

Zu dieser Versammlung war auch der hochverdiente erste Präsident des Centralverbandes, Geh. Kommerzienrat **S c h w a r z k o p f f**, eingeladen. Er war einer der sehr wenigen Männer, die, zu den ersten Geschäftskreisen Berlins gehörig, es gewagt hatten, sich offen zum Schutzzoll zu bekennen. Freundlich von dem Vorsitzenden des Kongresses begrüßt, erklärte er in seiner Ansprache namens des Centralverbandes, daß bei der gemeinsamen Notlage ein einmütiges Zusammenscharen zur Erreichung des vom Fürsten-Reichskanzler aufgestellten Programms geboten sei. Im Centralverbande seien die Grundsätze des Schutzes der nationalen Arbeit bereits lange anerkannt worden, auch in Bezug auf die Landwirtschaft. Zum Beweise dessen verlas **Schwarzkopff** unter lautem Beifall die vorhin hier angeführte Einleitung zu dem Zolltarifentwurf und den Beschluß der letzten Delegiertenversammlung.

In seiner Erwiderung dankte der Großgrundbesitzer **Freiherr von Mirbach-Sorquitten** für die klaren und bündigen Erklärungen des Centralverbandes und richtete an die anwesenden Landwirte die Bitte, dasselbe Verhalten einzuschlagen und dankbar die entgegengestreckte Hand zu ergreifen, „denn keiner von uns wird stark genug sein, etwas zu erreichen, wenn wir uns nicht gegenseitig mit aller Hingebung unterstützen“.

Damit war die Verständigung zwischen Landwirtschaft und Industrie herbeigeführt.

Das neue Tarifgesetz gelangte am 12. Juli 1879 mit 217 gegen 117 Stimmen zur Annahme; die große sichere Mehr-

heit war von den Konservativen gestellt worden. Der Tarif brachte einen Getreidezoll von 1 Mark pro 100 Kilogramm. Es sei noch bemerkt, daß, als der Centralverband 1877 seinen Tarifentwurf bekanntgegeben hatte, selbst seine schärfsten Gegner nicht bestreiten konnten, daß er mit seinen Zollforderungen Maß gehalten habe. Aber hämisch wurde vorausgesagt, daß, wenn seine Bestrebungen siegen sollten, er seine Forderungen wohl angemessen steigern würde nach dem Worte *l'appétit vient en mangeant*. Diese Voraussage ist in keiner Weise eingetroffen; der Centralverband hat, als er es wohl mit Erfolg hätte tun können, seine Zollforderungen um nichts erhöht. Hochschutzbühnerei konnte ihm damals und kann ihm auch heute nur der böse Wille seiner Gegner zur Last legen.

Das war das berühmte Bündnis des Centralverbandes mit den Konservativen und Landwirten, der schnöde Schacher zur gegenseitigen, die Interessen des Gemeinwohles schädigenden Bereicherung, wie seine Gegner damals sagten und auch heute in bösester Absicht glauben machen wollen. Ich aber, der ich an allem hier dargelegten, die Umkehr der Wirtschaftspolitik betreffenden Ereignissen teilgenommen und nicht an letzter Stelle mitgewirkt habe, kann bei meinem Gewissen versichern, daß nur das lebhafte Streben, die notleidende Arbeit im Lande wieder zu heben und zu fördern und damit der Gesamtheit des Volkes zu dienen, den Centralverband, auch bei seinen Beziehungen zu den Konservativen und Landwirten, geleitet hat.

Die Getreidezölle wurden in dem nächsten Jahrzehnt bis auf 5 Mark erhöht, ohne das Zutun des Centralverbandes, der jedoch bei der zunehmenden Notlage der Landwirtschaft auch keine Veranlassung hatte, der Erhöhung entgegen zu treten.

Es kam in den 90er Jahren die Periode des Abschlusses der *Caprivi'schen Handelsverträge*, bei denen der Centralverband tatkräftig und erfolgreich mitgearbeitet hat. Während der Verhandlungen über den Abschluß des Handels-

vertrages mit Oesterreich gab der Centralverband am 6. Februar 1891 folgende Erklärung ab:

„Das Direktorium des Centralverbandes Deutscher Industrieller ist zwar über die speziellen Ziele, welche bei den Verhandlungen bezüglich des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn von den verbündeten Regierungen verfolgt werden, in offizieller Weise nicht unterrichtet; das Direktorium hält sich aber nach dem was über den bisherigen Gang der Verhandlungen und deren Ziele verlautet, zu der Erklärung verpflichtet, daß die deutsche Industrie keine Vortheile anstrebt, welche nur auf Kosten der Landwirtschaft erreicht werden können. Wichtiger als die Höhe der landwirtschaftlichen Zölle ist die Erhaltung genügender Arbeitsgelegenheit für landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter, die Aufrechterhaltung der vaterländischen Erwerbstätigkeit im bisherigen Umfange. Hierin sind die Interessen von Landwirtschaft und Industrie solidarisch.“

Diese Erklärung wirbelte vielen Staub auf und gab den Gegnern des Centralverbandes Anlaß zu den schändlichsten Angriffen. Ihr Zweck war, das durch das Eintreten des Centralverbandes für die Handelsverträge bei der Landwirtschaft entstandene Mißtrauen zu beseitigen, besonders aber die Stellung der Reichsregierung in den Verhandlungen mit Oesterreich zu stärken. Denn diese Stellung war durch die nicht verheimlichte Absicht, die Getreidezölle herabzusetzen und durch das im Reichstag und von einigen großstädtischen Verwaltungen inszenierte stürmische Verlangen nach gänzlicher Beseitigung der Getreidezölle ungemein geschwächt worden.

Die Herabsetzung der Getreidezölle von 5 auf 3,50 Mark war eine höchst verhängnisvolle Maßregel. Denn bei der lange vorher offenkundigen Absicht, sie vorzunehmen, hatte Oesterreich keinen Anlaß Gegenzugeständnisse zu gewähren, auch fiel sie in die Zeit der schwersten Nothlage der Landwirt-

schaft und gab den Anstoß zu der gewaltigen Bewegung, die im „B u n d e r L a n d w i r t e“, mit seiner demagogischen Agitation und den Uebertreibungen einiger seiner Führer, so wesentlich zur Erschwerung der politischen Verhältnisse in unserem Vaterlande beigetragen hat.

Der Kampf der Freihändler gegen unsere Zölle hatte nie geruht, er nahm eine besondere Schärfe an infolge des Auftretens und der teils übertriebenen Forderungen des Bundes der Landwirte. Diese Verhältnisse erklären es, daß die Vorbereitungen für die Aufstellung eines neuen Zolltarifes und den Abschluß neuer Handelsverträge bereits bald nach dem Abschluß der laufenden aufgenommen wurden. Dabei nahm der Kampf, der in der Hauptsache um die Getreidezölle tobte, stetig an Heftigkeit zu. Die Organe des Bundes der Landwirte jührten fort, alle, die für langfristige Handelsverträge eingetreten waren, also auch den Centralverband, als Feinde der agrarischen Bewegung anzusehen und zu behandeln. Daher setzte das Direktorium „die Stellung des Centralverbandes zu den Getreidezöllen“ auf die Tagesordnung der Delegiertenversammlung am 5. und 6. Februar 1901. In der Erkenntnis, daß die mit hohen Bodenpreisen und den schweren Abgaben für die Deckung der Bedürfnisse eines hochentwickelten Kulturstaates belastete deutsche Landwirtschaft den Wettbewerb mit den auf jungfräulichen Boden arbeitenden Landwirtschaften der überseeischen, halbkultivierten Länder, besonders auch im Hinblick auf die außerordentliche Vervollkommnung und Verbilligung der Verkehrsmittel, nicht bestehen könne, die Getreidepreise auch von ganz anderen Verhältnissen als den Beträgen der Zölle beeinflusst werden, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Versammlung der Delegierten erkennt an, daß die gegenwärtige schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft eine ausreichende Höhe der deutschen Getreidezölle erfordert; sie muß aber erwarten, daß die Erhöhung nur in einem solchen Umfange erfolge, w e l c h e r m i t d e m G e =

meinwohl vereinbar ist und insbesondere den Abschluß langfristiger Handelsverträge nicht ausschließt.“

Daß die Höhe der Getreidepreise am wenigsten von der Höhe der Zölle, sondern von ganz anderen Verhältnissen beinflusst wird, hatte ich als Referent in der Generalversammlung behauptet und meine Behauptung mit folgenden Ausführungen begründet:

„Meine Herren, in der zollfreien Zeit in den 70 er Jahren schwankte der Preis des Roggens zwischen 198 Mark pro Tonne im Jahre 1874 und 143 Mark im Jahre 1878. Dann wurde 1879 der Zoll von 1 Mark pro 100 Kilogramm eingeführt. 1879 war der Durchschnittspreis für Roggen 144 Mark, von da ab ging der Preis in rapider Steigerung in die Höhe bis auf den ungewöhnlich hohen Satz von 202 Mark im Jahre 1881.“

Meine Herren, welche Rolle kann dabei wohl der Zoll von einer Mark pro 100 Kilogramm gespielt haben?

Im Jahre 1882 fiel der Roggenpreis auf 161, im Jahre 1883 auf 147, im Jahre 1885 auf 143 Mark. Nunmehr wurde der Zoll auf 3 Mark erhöht, aber, meine Herren, der Roggen fällt trotz dieser Erhöhung weiter bis auf 125 Mark im Jahre 1887. Da wurde der Zoll auf 5 Mark, also um weitere 2 Mark, erhöht. Nun, meine Herren, glauben Sie, daß diese Zollerhöhung von 2 Mark es wirklich zu Wege gebracht hat, daß nun wieder eine solche enorme Steigerung des Roggenpreises eintrat, daß er im Jahre 1891 den exorbitanten Teuerungspreis von 208 Mark erreichte? Meine Herren, in dem Jahre wurde der Zoll auf 3,50 Mark herabgesetzt infolge des Handelsvertrages mit Oesterreich. Meine Herren, glauben Sie wirklich, daß diese Ermäßigung des Zolles um 15 Groschen bestimmend dafür gewesen ist, daß bis zum Jahre 1894 der Preis von 208 Mark ebenso rapide zurückging und den für

die Landwirtschaft ruinierenden Stand von 118 Mark erreichte?“

Schon in seiner Rede auf dem vorhin erwähnten Kongreß norddeutscher Landwirte im Februar 1879 hatte der Präsident des Centralverbandes, Herr Geheimrat Schwartzkopf, in Anknüpfung an die verlesenen Entschlüsse des „Centralverbandes“ gesagt:

„Meine Herren, in dieser Resolution ist unser Glaubensbekenntnis für Sie enthalten, und es ist jedem einleuchtend, daß, wenn die Konsumtionsfähigkeit aufhört, auch die billigsten Konsumartikel nichts nützen. (Bravo! Sehr richtig!) Wir sind dahin gekommen, daß in den meisten der Großindustrien die Konsumtionsfähigkeit des Arbeiters und mit ihm die der Fabrikanten und Industriellen selbst fast aufgehört hat. Bei dem so beklagenswerten Darniederliegen der Industrie im Deutschen Reiche kann es dem Mann nichts nützen, wenn ihm das Brot wirklich noch einmal so schwer gebacken wird, er kann es nicht kaufen und muß sich mit dem halben begnügen. (Sehr richtig! Bravo!) Meine Herren, deshalb müssen wir auf die gemeinschaftliche Fatale, die uns voranschwebt, die Worte schreiben: „Arbeit und ihr Schutz für die Nation!“

Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, daß der Getreidezoll den Preis des Brotgetreides nicht verteuere. Die Verteuerung kann, je nach der Lage des Weltmarktes und dem Ausfall der einheimischen Ernte, einen Teil und auch die ganze Höhe des Zolles betragen. Das ist aber auch seine Bestimmung. Der „Centralverband“ hat sich mit vollem Bewußtsein für die Einführung der Getreidezölle ausgesprochen, in der Ueberzeugung, daß die Wohlfahrt des Volkes, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung, nicht abhängt von den möglichst niedrigen Preisen aller Verbrauchsartikel. Das Brot, die Stoffe für seine Bekleidung können noch so billig sein; für den Arbeiter sind sie unerreichbar, wenn er, ohne lohnende Arbeit, die Mittel nicht erwerben kann, um selbst die billigen

Preise zu zahlen. Das Wohlergehen des Volkes hängt vielmehr ab von dem Vorhandensein reichlicher und lohnender Arbeit, durch die es in den Stand gesetzt wird, seinen Verbrauch auch zu höheren Preisen zu decken. Dann stehen sich beide, Hervorbringer und Verbraucher, gut.

Wegen des in der Delegiertenversammlung am 6. Februar 1901 gefaßten Beschlusses wurde der Centralverband wieder scharf mit der Beschuldigung angegriffen, daß er mit den Agrariern durch dick und dünn gehe. Daß dies nicht der Fall war, beweisen die folgenden Vorgänge.

Am 26. Juli 1901 war der „Entwurf eines Zolltarifgesetzes nebst Zolltarif für das deutsche Reich“ veröffentlicht worden. Der Tarif brachte folgende Zölle für Getreide: Roggen 5 Mk., Weizen und Spelz 5,50 Mk., Gerste 3 Mk., Hafer 5 Mk. für den Doppelzentner. Durch § 1 des Zolltarifgesetzes war bestimmt, daß diese Zollsätze durch vertragsmäßige Abmachungen nicht ermäßigt werden sollten; sie erhielten damit die Eigenschaft von Minimalzöllen. Die Delegiertenversammlung des Centralverbandes erklärte sich im Interesse der Landwirtschaft mit den von der Reichsregierung vorgeschlagenen Zollsätzen einverstanden, aber nicht mit deren Bindung als Minimalzölle; sie beschloß in dieser Beziehung, „daß sie sich im Interesse der durch den Centralverband vertretenen Industrie und um ein dem Abschluß von Handelsverträgen unter Umständen unbedingt entgegenstehendes Hindernis zu beseitigen, mit aller Entschiedenheit dagegen aussprechen müsse, daß Mindestsätze als unabänderlich durch das Zolltarifgesetz festgestellt werden. Die Versammlung der Delegierten erachte daher eine entsprechende Abänderung des § 1 des Entwurfes eines Zolltarifgesetzes für unabweislich.“

Dieser Beschluß erregte den höchsten Unwillen des Bundes der Landwirte. Er äußerte sich, indem die Vertreter des Bundes in der betreffenden Kommission des Reichstages Schulter an Schulter mit den Vertretern des Freisinn und der Sozialdemokraten die Industriezölle bekämpften. Da in den Versammlungen des Centralverbandes mehrfach die übertrieben hohen, vom Bunde für andere Lebensmittel und selbst für Rohstoffe der Industrie verlangten Zölle entschieden gemißbilligt und zurückgewiesen waren, so entwickelte sich im Bunde der Landwirte eine fortdauernde Gegnerchaft dem Centralverbande gegenüber.

In den vorstehenden Darlegungen habe ich gezeigt, wie nur mit der vom Centralverband in äußerst loyaler Weise erwirkten Hilfe der Konservativen, den damaligen offiziellen Vertretern der Landwirtschaft, eine sichere Mehrheit im Reichstag für die Annahme der wirtschaftlichen Reformpläne des Fürsten Bismarck herbeigeführt werden konnte. Ich habe gezeigt, wie der Centralverband auch in der folgenden Zeit die Solidarität der beiden großen Berufsstände Industrie und Landwirtschaft anerkannt und in diesem Sinne die auf die letztere bezüglichen Fragen behandelt hat. Das hat der Centralverband getan unter steter Voranstellung der Interessen des Gemeinwohles und oft genug im Gegensatz zu den Führern des Bundes der Landwirte.

Als seine hauptsächlichste traditionelle Aufgabe hat der Centralverband seit dem Siege der Bismarckschen Wirtschaftsreform im Jahre 1879 die Aufrechterhaltung dieser Politik und die Abwehr und Bekämpfung aller sie gefährdenden Momente betrachtet. Denn im Centralverband ist stets in dankbarster Erinnerung die Ueberzeugung genährt und lebendig erhalten worden, daß der große Altreichskanzler, indem er sich die Parole des Centralverbandes „Schutz der nationalen Arbeit“ aneignete und mit seinem unbeugbaren starken Willen zur Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik machte, damit

auch den Grund gelegt hat, auf dem Deutschland sich in allen für die Existenz und den Fortbestand eines großen, modernen Kulturstaates maßgebenden Beziehungen so großartig, so wunderbar entwickelt hat.

Wie liegen die Verhältnisse nun in der Gegenwart? Unverkennbar haben sich die verschiedensten Verhältnisse so gestaltet, daß es notwendig ist, diese Grundlage unseres wirtschaftlichen Gedeihens, die nationale Wirtschaftspolitik des Schutzes der Arbeit, als unbedingt feststehend und gesichert auch für die Zukunft anzusehen.

Es würde zu weit führen und ist auch nicht erforderlich, die wohl noch in voller Erinnerung stehenden Vorgänge bei der Auf- und Feststellung des jetzt geltenden Tarifes von 1902 hier zu erörtern. Sie haben zunächst gezeigt, daß hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Schutzes kein sicherer Verlaß bei den *Verbündeten Regierungen* ist. Schon aus eigener Initiative hatten sie den Schutz ermäßigt, indem sie in dem Tarifentwurf über 80 Positionen unter den damals geltenden Handelsvertragstarif herabsetzten. Das war unnötig, teilweise auch schädlich und im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen zum Abschluß neuer Verträge ein unbegreiflicher Fehler. Bei den Verhandlungen im Reichstag über den Entwurf versagte die den landwirtschaftlichen Zöllen gegenüber bewiesene unerschütterliche Festigkeit der Regierungen mehrfach bezüglich der übrigen Zölle. Inzwischen hat sich auch auf anderen Gebieten die abnehmende Widerstandsfähigkeit der Verbündeten Regierungen dem Ansturm der Parteien und Massen gegenüber erwiesen. Dennoch wollen wir hoffen, daß die Verbündeten Regierungen für die Aufrechterhaltung unserer Wirtschaftspolitik den festen Hort bilden werden, der bei der jetzigen Bewegung dringend erforderlich ist.

Die in den Massen verbreiteten Anschauungen und die Zustände in den Parteien im Reichstag wie im Lande bieten durchaus keine festen Garantien. Daß die Bismarcksche Wirtschaftspolitik die Grundlage des gewaltigen wirtschaftlichen

Auffschonunges ist, wird gegenwärtig nur noch von wenigen in ihren Phantomen blind verrannten Freihändlern geleugnet, leider aber von sehr, sehr, vielen, auch Industriellen, mit Gleichgültigkeit betrachtet und nicht beachtet. Denn sie wissen von den furchtbar schweren Notjahren, aus denen die große Bewegung gegen den Freihandel hervorging, höchstens vom Hörensagen etwas, und nehmen ihr Teil von dem allgemeinen fortschreitenden Gedeihen ihres Vaterlandes als etwas ihnen selbstverständlich zukommendes in Anspruch. Sie kennen die Bedeutung unserer Wirtschaftspolitik nicht und sind ihr gegenüber gleichgültig.

Viel schlimmer als diese Gleichgültigkeit ist die selbstsüchtige Engherzigkeit, mit der jedem mit dem Schutze der nationalen Arbeit verbundene Behinderung oder auch Benachteiligung, die gegenüber den großen, von diesem System gebotenen Vorteilen verschwindend gering sind, als eine unerträgliche, den Kampf gegen unsere jetzige Wirtschaftsordnung herausfordernde schwere Schädigung empfunden wird. Daß der Schutzzoll Gegensätze in der Industrie hervorruft, ist eine bekannte Tatsache. In den 70er Jahren, unter dem Drucke der allgemeinen Not, gelang es dem Präsidium des Centralverbandes, wie hier bereits gesagt, diese Gegensätze im Centralverbande auszugleichen und damit den Sieg und das wirtschaftliche Wohlergehen zu erringen. Später, in den unendlich viel besseren Zeiten, ist dieser Ausgleich zum großen, nachweisbaren Schaden der Industrie nicht gelungen. Heute stehen große Industrien in hellem Kampfe gegen andere, durch deren Schutz sie sich benachteiligt glauben. Zu diesen gesellt sich eine andere Spezies. So sitzen besonders in Süddeutschland zahlreiche hervorragende Industrielle, ungemein tüchtige Männer, die sich durch die Vortrefflichkeit ihrer Er-

zeugnisse, trotz der erschwerenden Zollschranken der anderen, auch überseeischen Länder, den Weltmarkt erobert haben. Politisch gehören diese Männer überwiegend der demokratischen Richtung an; sie müssen demnach Freihändler sein, obgleich sie meistens erst durch den Schutz Zoll groß geworden sind. Dieser Umstand hat es den Agitatoren leicht gemacht, den Industriellen einzureden, daß, wenn Deutschland seine Zölle abschaffen wollte, die anderen Nationen diesem Beispiel schleunigt folgen, ihre schützenden Mauern niederreißen würden, so daß dann mit viel größerem Gewinn exportiert werden könnte. Wie überaus töricht diese Argumentation ist, erfordert hier keinen besonderen Beweis.

In allen diesen Kreisen ist die Bereitschaft, den Kampf gegen unser Wirtschaftssystem aufzunehmen, vorhanden; viele führen ihn bereits mit großer Entschlossenheit. Zu diesen gehören hauptsächlich Vertreter der sogenannten Fertigindustrie. Sie übersehen dabei gänzlich, daß, wenn sie jetzt mit Entrüstung gegen die Zölle auf die von ihnen benötigten Rohmaterialien und Halbfabrikate, wie zum Beispiel Roheisen, Halbzeug und Garne kämpfen, ohne den Wettbewerb der Erzeugung im Inlande, ihnen Belgien und England als hauptsächlich Lieferanten ganz andere, höhere Preise abnehmen würden. Denn es ist vielfach erwiesen, daß die Erzeugungskosten jener Länder, ganz besonders Englands, viel geringer sind, sie würden daher die hier in Rede stehenden deutschen Rohstoff- und Halbfabrikationsindustrie erdrücken. Das war mit Roheisen und Halbzeug bereits in erheblichem Umfange geschehen, als die Eisenzölle gefallen waren. Damit ist zu erkennen, wie im Volke und in den Reihen der Industriellen selbst aus Urteils- und Gedankenlosigkeit, die von schlauen Führern und Agitatoren im Interesse der eigenen Persönlichkeit oder der Partei ausgenutzt wird, unserer Wirtschaftsordnung sehr bedenkliche Gegner entstehen.

Unter den Parteien im Reichstag, die schließlich entscheiden, ist sehr viel unversöhnliche Feindschaft gegen

die jeßige Wirtschaftspolitik zu erkennen. Die Sozialdemokraten, die nach aller Voraussicht in größerer Zahl im neuen Reichstag erscheinen werden, bekämpfen den Schutz der nationalen Arbeit nachdrücklichst. Erklärlich ist diese Haltung nur mit der Absicht, die Massen zu verelenden.

Das Zentrum hat bisher zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck gestanden; es ist jedoch in den letzten Jahren aus parteitaktischen oder allgemeinpolitischen Gründen mehrfach von seinen grundlegenden Prinzipien abgewichen, es ist unberechenbar geworden und kann daher zu den unbedingt zuverlässigen Stützen unserer Wirtschaftspolitik nicht gerechnet werden.

Und nun die Liberalen. In ihnen lebt der Geist der alten und neueren Manchestermänner fort; Prince-Smith, Faucher, „Unser Braun“ und Delbrück sind ihre Vorbilder. In deren Geist kämpfen sie heute noch eben so fanatisch gegen die Bismarcksche Wirtschaftspolitik, wie sie es bei deren Einführung in den siebenziger Jahren getan haben. Auf die fast lächerliche Erscheinung der allerneuesten Zeit, daß keiner mehr Freihändler sein will, selbst der Abgeordnete Gothein und die „Frankfurter Zeitung“ und sogar das „Berliner Tageblatt“ nicht, ist nichts zu geben. Diese Blätter haben seit Jahren unausgesetzt die Beseitigung der deutschen Schutzzölle mit tönenden Worten verlangt; jetzt verkünden sie, daß sie nur einen allmählichen „Abbau“ der Zölle wollen. Das ist Sand in die Augen; ihre Gegnerschaft ist darum nicht geringer einzuschätzen. Daß die Freisinnigen und ihre Presse auch die entschiedensten Gegner des Centralverbandes sind, ist selbstverständlich. Dabei betätigen sie eine selbst in schweren politischen und wirtschaftlichen Kämpfen seltene Skrupellosigkeit in unwahren Behauptungen und Beschuldigungen. Aber weil es das unentbehrliche Material ihrer unablässigen Agitation und Angriffe gegen den Centralverband ist, müssen die hundertfach widerlegten Darstellungen von der Vertretung nur

der schweren Industrie, von der Hochschützöllerei und dem Scharfmachertum fast täglich herhalten.

Eine Zeit lang war anzunehmen, daß die Nationalliberalen den Kampf gegen den Schutz der nationalen Arbeit aufgegeben, sich zu Anhängern dieses Wirtschaftssystems bekehrt hätten. Auf eine verhältnismäßig kleine, mehr rechtsstehende Gruppe, zu der alte, treue Kämpfer für die Schutzzollpolitik gehören, ist fest zu rechnen; ein erheblicher Teil der nationalliberalen Partei steuert jedoch neuerdings in der Politik dem Fahrwasser der Freisinnigen Vereinigung zu. Bei dieser Entwicklung ist es nicht unbedingt sicher, daß sie im gegebenen Augenblick, wenn die Entscheidung fallen wird, treu zur Fahne des Schutzes der nationalen Arbeit stehen werden.

Es bleiben, von den kleinen, im allgemeinen bedeutungslosen Gruppen abgesehen, die Konservativen. Die beiden von ihnen im Reichstag gebildeten Parteien und die Konservativen im Lande sind als die einzig festen, zuverlässigen Stützen der Bismarck'schen Wirtschaftspolitik anzusehen. Von ihnen ist zu erwarten, daß sie ebenso wie im Jahre 1879 für den Schutz eintreten werden.

Nun ist der Präsident des Hansabundes, Geheimrat Kießer, mit einer hochbedeutungsvollen programmatischen Erklärung auf den Plan getreten. Seit dem ersten deutschen Hansatage am 12. Juni d. J. und dem Rücktritt des Vorsitzenden des Centralverbandes, Herrn Röttger, ist über die Frage, ob der Hansabund mit jener Erklärung seines ersten Präsidenten die „mittlere Linie“ verlassen und sich dem Freisinn zugewendet hat oder nicht, so viel geredet und geschrieben worden, daß jeder, der nur einigermaßen die Vorgänge im öffentlichen Leben verfolgt, sein Urteil über diesen Streitpunkt sich hat bilden können. Ich beschränke mich daher, meiner eigenen Ueberzeugung dahin Ausdruck zu geben, daß in der Tat mit der erwähnten Erklärung seines Präsidenten

der Hansabund eine absolute Schwenkung in das linksliberale Lager vollzogen hat. Bei diesem Vollzug kann die höchst bedeutungsvolle Erscheinung nicht übergangen werden, daß diese Schwenkung von Tausenden zum Hansabunde Erschienenen mit brausendem Beifall und Jubel begrüßt wurde, und daß sie weitgehende begeisterte Zustimmung im Lande gefunden hat. Man darf überhaupt nicht verkennen, daß der Hansabund in seinem großartigen Aufbau und dem Zustrom der Mitglieder, neben manchen anderen beachtungswerten Erscheinungen, einen bedeutungsvollen Merkstein für die Zunahme und Erstarkung des Zuges nach links darstellt. Ich will hier weder die Gründe dieser Erscheinung, noch die Frage, was sie verursacht hat, erörtern; das gehört hier nicht zu meiner Aufgabe.

Aber dem Herrn Rießer kann es bei der Schwenkung des Hansabundes und bei diesem starken Zuge nach links nichts helfen, wenn er in seinen Reden auf und nach dem Hansatage sorgfältig vermieden hat, gerade zu den großen Fragen, die für die Industrie als besonders maßgebend betrachtet werden, eine klare und unzweideutige Stellung zu nehmen. Das hat er auch in Bezug auf unsere Wirtschafts- und Handelspolitik unterlassen. In weiten Kreisen der Industrie ist nur Achselzucken über seine in Dortmund am 12. Juli abgegebene Erklärung, daß der Hansabund weder mit dem extremen Freihandel noch mit dem extremen Schutzzoll etwas zu tun habe, sondern nur der ehrliche Makler zwischen den divergierenden Elementen sein wolle. Denn bei seinem Abschwanken zu den Linksliberalen, von denen und von deren Presse der Hansabund bereits vollständig als der ihrige in Anspruch genommen wird, ist mit absoluter Sicherheit anzunehmen, daß er sich auch der Wirtschafts- und Handelspolitik der Linksliberalen wird anbequemen müssen, also einentschiedener Gegner der vom Centralverbande hochgehaltenen Bismarck'schen Poli-

tik des Schutzes der nationalen Arbeit werden wird.

Somit haben wir als einzige sichere Stützen dieser Politik nur die konservativen Parteien, die rechtsstehenden Elemente. Gegen diese soll nach der von Herrn Rießer in seiner Schlußrede auf dem Hansatage als Haupttrumpf ausgegebenen Parole von Handel, Gewerbe und Industrie, von dem gesamten Bürgertum der Kampf bis aufs Messer geführt werden. Der Industrie, soweit sie auf dem Boden der Bismarck'schen Wirtschafts- und Handelspolitik steht — das ist heute wohl noch der allergrößte und bedeutendste Teil der deutschen Industrie — wird also von Herrn Rießer zugemutet, die einzigen sicheren Stützen beziehungsweise die einzigen zuverlässigen Verbündeten in dem bevorstehenden Kampfe um den Schutz der nationalen Arbeit von sich zu stoßen und sie als Feinde zu behandeln. Das wird kein Industrieller tun können und tun dürfen, der sich in dem wüsten Getriebe der Partekämpfe und den damit verbundenen Uebertreibungen, Entstellungen und bewußten Unwahrhaftigkeiten noch ein selbständiges Urteil über die notwendigen Grundlagen unseres Wirtschaftslebens und seiner eigenen Existenz bewahrt hat, auch wenn er in seinen politischen Grundanschauungen liberal ist. Denn der Liberalismus als solcher bedingt keineswegs die Feindschaft gegen unsere bestehende Wirtschaftspolitik; der gemäßigt liberale Gedanke wird von einer großen Zahl der Industriellen, ich glaube fast von der übergroßen Mehrheit derselben, nach Maßgabe der Entwicklung, die unsere gesamten Verhältnisse und Beziehungen nicht zum besseren genommen haben, als die zu deren Gefundung führende politische Richtung anerkannt. Nur der alte, in den Köpfen unserer leitenden Liberalen anscheinend unausrottbare Aberglaube, daß der Liberalismus und Freihandel untrennbar zusammengehören, nur dieser unfasßbare Irrtum hat die unendlich erschwerende Komplikation in unseren gesamten politischen

Verhältnissen geschaffen, daß jeder Liberale zugleich Gegner des Schutzes der nationalen Arbeit sein muß.

Daher können die selbst- und zielbewußten Industriellen, selbst wenn sie der liberalen Richtung angehören, kann vor allem der Centralverband der von Herrn Rießer ausgegebenen Parole nicht folgen.

Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß der Bund der Landwirte mit seinen Anschauungen über Wirtschafts- und Handelspolitik maßgebend für den allergrößten Teil der Konservativen ist, und daß der Bund mit dem von ihm für notwendig erachteten Schutz der Landwirtschaft die von den Interessen des Gemeinwohles gezogenen Grenzen mehrfach überschritten hat. Diese Tatsachen haben die Gegner veranlaßt, den Centralverband und die Industriellen, die bisher schon die Rießer'sche Parole zurückgewiesen haben, zu beschuldigen, daß sie bedingungslos in das Lager des Bundes der Landwirte übergegangen seien, Abmachungen mit ihm und den Führern der Konservativen über einen schändlichen Zollschacher, „Eisen- gegen Kornzölle“, wie die übliche Redensart lautet, getroffen, Verrat an dem verbrauchenden Volke geübt hätten. **An allen diesen Behauptungen ist kein wahres Wort.** Es sind die Ausgeburten der jetzt leider von Tag zu Tag zunehmenden wüsten Hezarbeit, an der sich offen und hinter den Kulissen Männer beteiligen, denen man ein besseres Verständnis für die Anforderungen und Bedürfnisse unserer schweren Zeit zutrauen möchte. Es sind die Ergebnisse des blinden Parteihasses, der die Fähigkeit ertötet hat zu unterscheiden zwischen maßvollem Schutz der nationalen Arbeit und Hochschutzzöllnerei, zwischen

dem berechtigten Schuß der Landwirtschaft und „Ueberagrariertum“.

Dieses Unterscheidungsvermögen hat sich der Centralverband, haben sich die auf seiner Seite stehenden zielbewußten Industriellen noch bewahrt. Sie werden immer sicherer Blickes prüfen, wie weit sie in Verteidigung unserer Bismarck'schen nationalen Wirtschaftspolitik mit ihren alten Verbündeten, den Konservativen und Landwirten, gehen können; sie werden dabei, wie sie es früher und bisher immer getan haben, das Gemeinwohl als höchstes Gebot sich vor Augen halten, und die von diesem gezogene Grenze nicht überschreiten. Das Verlangen, dies zu tun, würde den Bruch bedeuten. Aber jetzt dem Präsidenten des Hanjabundes Gefolgschaft leisten, den alten Verbündeten Feindschaft und Kampf bis aufs Messer anjagen, das würde ein Verrat sein, geübt nicht nur an den Existenzbedingungen der Deutschen Industrie, sondern auch an den Grundbedingungen des Bestandes und Gedeihens des Staates in allen seinen Beziehungen.